

Privatisierung und Liberalisierung öffentlicher Dienstleistungen in der EU-15:

Postdienste

Mag. Dagmar Hemmer, Mag. Paul Pöchhacker
Wien, August 2003

Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung	3
1.1. Europäische Rahmenbedingungen	3
1.2. Die Zweite Postrichtlinie - Drei-Stufen-Plan	4
1.3. Übersicht Marktöffnung	5
Gesamtübersicht über die Marktöffnung in den EU-Mitgliedsstaaten.....	5
1.4. Postbanken in Europa.....	6
2. Erfahrungen in den einzelnen Ländern der EU	7
2.1. Belgien	7
2.2. Dänemark.....	7
2.3. Deutschland	7
2.4. Finnland.....	9
2.5. Frankreich	9
2.6. Griechenland.....	10
2.7. Großbritannien	10
2.8. Irland.....	11
2.9. Italien	11
2.10. Luxemburg	12
2.11. Niederlande	12
2.12. Österreich.....	12
2.13. Portugal	13
2.14. Schweden.....	14
2.15. Spanien	14
3. Schlussfolgerungen	15
4. Internetlinks	17
4.1. Staatliche Postgesellschaften	17
4.2. Regulierungsbehörden.....	17
4.2. Weitere Links.....	18

1. Einleitung

1.1. Europäische Rahmenbedingungen

Liberalisierungsbemühungen hinsichtlich des Postsektors wurden in der EU erst relativ spät angestellt. Im Vergleich zum Telekommunikationssektor, der seit 1.1.1998 vollständig liberalisiert ist (siehe Studie Teil 2: Telekommunikation), zeichnet sich eine Voll liberalisierung im Postbereich lediglich mittelfristig ab.

Erst 1997 wurde eine Richtlinie für die Entwicklung der Postdienste im Binnenmarkt beschlossen. Die Postrichtlinie (PostRL 97/67/EG) hatte nach Eigendefinition die Aufgabe, effiziente, zuverlässige und hochwertige Postdienstleistungen zu erschwinglichen Preisen zu gewährleisten. Gleichzeitig sollte „Rosinenpickerei“ durch die Privatisierung von Einzelbereichen verhindert werden, trotzdem aber mehr Wettbewerb etabliert werden.

Durch die Richtlinie wurde die Bereitstellung eines postalischen Universaldienstes in der Europäischen Union (Abholung und Zustellung von Inlands- und grenzüberschreitenden Sendungen bis zu 2 kg und Postpaketen bis 10 oder 20 kg sowie Dienste für Einschreib- und Wertsendungen) vorgeschrieben.

Ferner sind durch die Richtlinie die Bedingungen für die Finanzierung solcher Universaldienstleistungen vereinheitlicht worden, z. B. die Festlegung der Leistungen, die reserviert werden können. Aber auch die Voraussetzungen, unter denen nicht reservierte Dienste erbracht werden können: z. B. Genehmigungs- oder Lizenzierungssysteme, mit denen Betreibern, die Dienste erbringen, welche zum Universaldienst gehören, Universaldienstverpflichtungen auferlegt werden; aber auch die Möglichkeit für die Mitgliedstaaten, diese Betreiber zu Zahlungen in einen Ausgleichsfonds zu verpflichten, der unverhältnismäßige finanzielle Nachteile ausgleicht, die sich für die Anbieter von Universaldienstleistungen aus der Universaldienstpflicht ergeben.

Die Evaluierung der Postrichtlinie, die vor der Änderung im Juni 2002 erstellt wurde, kommt zu dem Schluss, dass sich die Dienstleistungsqualität der Postdienste in Europa verbessert hat.

Der Bericht hält fest, dass die Richtlinie 97/67/EG zu einer zuverlässigen, allmählichen, kontrollierten Öffnung des Postmarktes beigetragen hat und dies zu einer Zeit, in der sich der Markt rasch entwickelte. Der Bericht zeigt auch, dass die Richtlinie in den meisten Mitgliedstaaten korrekt umgesetzt wurde und dass sie bedeutende positive Auswirkungen hatte. Gegen die Mitgliedstaaten, welche die Richtlinie nicht in vollem Umfang korrekt umgesetzt haben, leitete die Kommission Vertragsverletzungsverfahren ein, jüngst z. B. gegen Belgien und Frankreich wegen mangelnder Unabhängigkeit der Regulierungsbehörden von den nationalen Postbetreibern.

In Folge der Richtlinie 97/67/EG kam zu einer Harmonisierung der Rechtsvorschriften in der ganzen EU. Die meisten öffentlichen Universaldienstanbieter wandelten sich zu Unternehmen – in zwei Fällen (Deutschland und Niederlande) wurde auch eine Privatisierung in Gang gesetzt. Bemerkenswert ist, dass in einem „Vorreiterland“ der Privatisierung – Großbritannien – die Post immer noch zu 100 % in Staatsbesitz ist. Die Umwandlung in Unternehmen hat zu einer stärkeren Betonung von Rentabilität, Kosteneffizienz, Kundenorientierung und Innovation geführt. Trotz einer gewissen „Verschlankung“ und Umstrukturierung - wie in anderen Industriezweigen auch - konnte das Beschäftigungsniveau im Allgemeinen gehalten werden; dabei nahm die Zahl der Arbeitsplätze im Postsektor von 1995 bis 2000 insgesamt um 4,3% zu.

Wie in dieser Richtlinie gefordert, hat die Kommission aber auch einen Vorschlag zur Änderung dieser Richtlinie vorgelegt, mit der nun eine weitere schrittweise Liberalisierung des Postmarktes ermöglicht werden soll. Diese „zweite Postrichtlinie“ (2002/39/EG) wurde im Juni 2002 vom Europäischen Parlament und vom Ministerrat verabschiedet und sollte bis 31. Dezember 2002 in nationales Recht umgesetzt werden. Allerdings zeigte sich mehr als die Hälfte der Mitgliedsländer in der Umsetzung säumig. Dänemark, Spanien, Irland, Luxemburg und Portugal haben die Richtlinie erst in der ersten Jahreshälfte 2003 - nach einem Aufforderungsschreiben der EU – umgesetzt. Gegen Österreich, Frankreich und Griechenland, die auch in diesen Zeitraum keine formelle Umsetzung vollzogen haben, wurde am 14. Juli seitens der EU die zweite Phase des Vertragsverletzungsverfahrens eingeleitet. Allerdings haben Österreich und Frankreich Verwaltungsmaßnahmen ergriffen, um die Auswirkungen der Verzögerung teilweise zu neutralisieren.

1.2. Die Zweite Postrichtlinie - Drei-Stufen-Plan

Bei der Briefbeförderung werden die nationalen Postbetreiber durch die neue Richtlinie in Zukunft mehr private Konkurrenz bekommen. Im Wesentlichen verständigten sich die zuständigen Minister auf folgende drei Schritte:

- Per 1. Januar 2003 wurde (mit obigen Einschränkungen) die Gewichtsgrenze zwischen Monopol und liberalisiertem Bereich für gewöhnliche Briefpost und für "direct mail" im Inland bzw. für ankommende grenzüberschreitende Post von bisher 350 g auf 100 g herabgesetzt. Das heißt: Ab diesem Gewicht ist freier Wettbewerb zu gestatten. Leichtere Sendungen sollen nur dann dem Wettbewerb überlassen werden, wenn ihr Preis mindestens das Dreifache (bisher: Fünffache) des Grundtarifs beträgt; ansonst bleiben sie als "reservierter Bereich" den Universaldienst-Betreibern, also den (ehemaligen) staatlichen Monopolisten vorbehalten. Ausgehende grenzüberschreitende Post sollte ursprünglich ab 2003 voll liberalisiert werden. Allerdings wird den Mitgliedstaaten unter bestimmten Umständen weiterhin erlaubt, auch für die ausgehenden grenzüberschreitenden Sendungen die allgemeinen Gewichtsgrenzen zu erhalten. Dies gilt etwa für südeuropäische Staaten, bei denen die Ferienpost zur Finanzierung des Universaldienstes wichtig ist.
- Als zweiter Schritt werden per 1. Januar 2006 die Gewichtslimits auf 50 g und die Tarifgrenze auf das 2,5fache des Basistarifes herabgesetzt. Mit diesen beiden Schritten erreicht der Anteil des liberalisierten Bereiches laut EU-Kommission etwa 22 (bisher: 3)% der Briefpost. Alle Limits sind Minimalvorschriften; jeder Mitgliedstaat kann die Liberalisierung weitertreiben, und manche haben dies auch schon getan.
- In einem dritten Schritt soll die EU-Kommission 2006 auf der Basis eines Evaluationsberichtes einen Vorschlag für einen weiteren "entscheidenden Schritt" per 1. Januar 2009 vorlegen. Allerdings erfolgt dieser Schritt nicht automatisch, sondern bedarf bis Ende 2007 einer erneuten Entscheidung von EU-Parlament und EU-Ministerrat. Auch ist unbestimmt, ob es dann zu einer vollständigen oder nur zu einer weiteren Teil-Liberalisierung kommen wird.

Während der Debatten im vergangenen Jahr wollten Deutschland, die nordischen Staaten, die Niederlande, Belgien und Österreich mit Verweis auf die möglichen Innovations- und Effizienzgewinne weiter gehen und etwa ein Enddatum für die Voll-Liberalisierung fixieren. Gänzlich unzufrieden mit dem Kompromiss zeigten sich vor allem die Niederlande und Finnland, denen der Beschluss nicht weit genug ging. Die Niederlande stimmten gegen den Fahrplan, die finnische Regierung enthielt sich der Stimme. Für Frankreich, Griechenland, Italien,

Luxemburg, Portugal, Spanien und Großbritannien hingegen, die den Universaldienst und Arbeitsplätze in Gefahr sahen, ging der Kommissionsvorschlag zu weit.

1.3. Übersicht Marktöffnung

Gesamtübersicht über die Marktöffnung in den EU-Mitgliedsstaaten

Land	Marktbeherrschendes Postunternehmen	Eigentümersituation	Briefsendung		weitergehende Öffnung für	
			gesetzliche Gewichtsgrenze Brief	Preisgrenze (x mal Standardbriefpreis)	Direktwerbung (inhaltsgleiche Briefsendungen) Gewicht/Preis	Angehende grenzüberschreitende Post
Belgien	Le Post/De Post	Staat: 100%	100 g	3	100 g/3 fach	Wie Inland
Dänemark	Post Danmark	Staat: 100%	100 g	3	100 g/3 fach	Alle Sendungen
Deutschland	Deutsche Post	Staat 50% + 26 Aktien KfW: 19% Rest (31%) Streubesitz	100 g	3	>50 g	Wie Inland
Finnland	Finnland Post	Staat: 100%	0 g	0	alle	Alle Sendungen
Frankreich	La Poste	Staat: 100%	350 g	3	350 g/5 fach	Wie Inland
Griechenland	ELTA	Staat: 100%	350 g	5	350 g/5 fach	Wie Inland
Großbritannien	Royal Mail	Staat: 100%	100 g	1 £	100 g/1 £	Alle Sendungen
Irland	AN Post	Staat: 100%	100 g	3	100 g/3 fach	Wie Inland
Italien	Poste Italiane SpA	Staat: 100%	100 g	3	100 g/3 fach	Wie Inland
Luxemburg	P&T Luxembourg	Staat: 100%	100 g	3	100 g/3 fach	Wie Inland
Niederlande	TPG-TNT Postgroup	Staat 35,6%, Andere: 64,4%	100 g	3	alle	Alle Sendungen
Österreich	Österreichische Post AG	Staat: 100%	350 g	3	350 g/5 fach	Wie Inland
Portugal	CTT Correios de Portugal	Staat: 100%	100 g	3	100 g/3 fach	Wie Inland
Schweden	Posten	Staat: 100%	0 g	0	100 g/3 fach	Alle Sendungen
Spanien	Correos y Telegrafos	Staat: 100%	100 g	3	Unverschlossene Umschläge	Wie Inland

Quelle: Deutsche Regulierungsbehörde für Telekommunikation und Post (Stand 2002), aktualisiert durch Verfasser nach EU-Angaben;

1.4. Postbanken in Europa

Weiter fortgeschritten als bei den Universaldiensten ist im Postbereich die Privatisierung ihres Geldverkehrs. Die Mehrheit der Postunternehmen besitzt oder besaß Postbanken mit Bankstatus, von denen der Großteil bereits privatisiert wurde, u.a. auch in Österreich, wo im Jahr 2000 die „Postsparkasse P.S.K.“ an die BAWAG verkauft wurde.

Land	Institut	Postbank mit Bankstatus	Eigentümer
Belgien	Financial Post, Postcheque	Ja	Privat
Dänemark	BG Bank A/S	Ja	Privat
Deutschland	Deutsche Postbank AG	Ja	Staat
Finnland	Postipankki / Sampo-Leonia Bank plc	Ja	Staat *)
Frankreich	La Poste	Nein	Staat
Griechenland	ELTA	Nein	Staat
Großbritannien	Girobank plc	Ja	Privat
Irland	AN-Post	Nein	Staat
Italien	Poste Italiane	Nein	Staat
Luxemburg	P&T (Postes et Telecommunications)	Nein	Staat
Niederlande	Postbank	Ja	Privat
Österreich	P.S.K. Österreichische Postsparkasse	Ja	Privat
Portugal	CTT-Correios de Portugal S.A.	Nein	Staat
Schweden	Postgirot Bank	Ja	Privat +)
Spanien	BBVA Argentaria	Ja	Privat

Quelle: Eidgenössisches Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation (UVEK), Stand 2001

*) die noch immer staatliche *Postipankki* schloss sich mit einer privaten Bank und einer privaten Versicherung zum landesgrößten Finanzkonzern *Sampo-Leonia* zusammen.

2. Erfahrungen in den einzelnen Ländern der EU

Die folgende Länderübersicht gibt einen Einblick in den Liberalisierungsgrad der Postdienste in den Ländern der Europäischen Union. Die detaillierte Darstellung der beschränkten Monopole betreffend Gewichte und Preise von Postsendungen findet sich in der Grafik auf S. 5 und wird in den nachfolgenden Länderberichten nicht noch einmal angeführt. Da die EU-Richtlinie eine Mindestanforderung an Liberalisierung darstellt, gibt es Länder, die ihren Postmarkt weitergehender liberalisiert haben.

2.1. Belgien

Infolge des Königlichen Erlasses vom März 2000 ist die belgische Post **LA POSTE** in eine Aktiengesellschaft öffentlichen Rechts – *The Belgian Post Group (BPG)* – aufgegangen. Der Staat ist jedoch weiterhin der einzige Aktionär. Die öffentlichen Dienstleistungsaufgaben (Universaldienste) der Post sind in einem Verwaltungsvertrag festgeschrieben, den die Post mit dem belgischen Staat geschlossen hat.

Um einerseits ihre KundInnen besser zufrieden und um sich andererseits den Herausforderungen der progressiven Liberalisierung des Postmarkts stellen zu können, hat die Post seit 2000 ein umfangreiches Modernisierungsprogramm verabschiedet.

Die Post und der belgische Staat haben einen neuen Verwaltungsvertrag mit einer Laufzeit von 5 Jahren geschlossen, der ab Oktober 2002 in Kraft trat. Der neue Verwaltungsvertrag der Post vereint ihre soziale Rolle mit einer modernen Dienstleistung und erfüllt selbst die anspruchsvollsten Qualitätsnormen.

Im Zuge der Umwandlung der belgischen Post in eine Aktiengesellschaft wurden zahlreiche Tochtergesellschaften gegründet, die teilweise durch Ausgliederungen und teilweise durch Fusionierungen mit privaten Unternehmen entstanden.

Die Post hat in Belgien das Monopol auf bestimmte Dienste im Briefverkehr. Private, die Postdienste in Belgien anbieten wollen, müssen bei der Regulierungsbehörde um eine Lizenz ansuchen. Weitere Liberalisierungsschritte plant Belgien im europäischen Gleichschritt entsprechend der neuen Richtlinie der EU.

2.2. Dänemark

Die dänische **POST DENMARK A/S** ist seit 1995 eine Aktiengesellschaft im hundertprozentigen Besitz des Staates. Die Geschäfte der Post werden auf Basis eines Konzessionsvertrages geführt, der mit dem Verkehrsminister abgeschlossen wurde. Die Monopolrechte und die Beförderungsbedingungen der Post sind gesetzlich regelt.

Die dänische Regierung hat 2002 beschlossen, rund 25 Prozent des Unternehmens an einen Investor abzugeben. Die Deutsche Post hat bereits Interesse bekundet – derzeit finden Verhandlungen statt.

2.3. Deutschland

1950 wurde die **Deutsche Bundespost** als Nachfolgerin der Deutschen Reichspost gegründet. Mit dem Poststrukturgesetz vom 1. Juli 1989 wurde die Deutsche Bundespost neu strukturiert ("Postreform I"). Folgende organisationsrechtliche bzw. ordnungspolitische Änderungen brachte die neue Struktur mit sich:

- Aufteilung der *Deutschen Bundespost* in die Sektoren Postdienst, Postbank und Telekom
- Trennung des hoheitlich/politischen Bereiches vom unternehmerisch/betrieblichen Bereich
- Etablierung von Vorständen und Aufsichtsräten der öffentlichen Unternehmen
- Schaffung eines Direktoriums, dem die Vorstandsvorsitzenden der drei Unternehmen angehören
- Umwandlung der Kundenbeziehungen der Unternehmen von öffentlich-rechtlichen in privatrechtliche Vertragsverhältnisse
- Auflösung des Monopols für Telekommunikationsendgeräte
- 1990 wurde die *Deutsche Post* der DDR in die *Deutsche Bundespost* eingegliedert.

Die zweite Postreform trat zu Jahresbeginn 1995 in Kraft. Sie war überwiegend eine Verwaltungsreform. Die drei Postunternehmen wurden in die privatrechtliche Rechtsform von Aktiengesellschaften überführt. Vorerst behielt der Bund alle Aktien, private Anteilseigner wurden aber grundsätzlich zugelassen. Ein Verkauf der Aktien soll erst langsam erfolgen. Der Bund sollte die Aktienmehrheit vorerst für mindestens fünf Jahre behalten.

Gleichzeitig wurde die *Bundesanstalt für Post und Telekommunikation* gegründet. Sie soll die Interessen des Bundes als Anteilseigner an den drei Aktiengesellschaften wahrnehmen sowie Kontroll- und Koordinierungsaufgaben erfüllen. Die weiterhin notwendigen staatlichen Regulierungsaufgaben werden zunächst von einer Abteilung im Bundesministerium für Post und Telekommunikation (1997 aufgelöst) wahrgenommen. Die zweite Postreform ist geprägt von der Privatisierung und der Vorbereitung für weitere Liberalisierungen auf den Märkten.

1999 begann die Deutsche Post mit ihrer Expansion im Ausland. Das Schweizer Logistikunternehmen *Danzas*, eines der weltweit führenden Logistikunternehmen, gehört nun zum Konzern *Deutsche Post World Net*. Das Unternehmen mit zu diesem Zeitpunkt rund 29.000 Mitarbeitern verfügt auf allen Kontinenten über ein starkes Logistik-Netz. Ebenfalls 1999 wurde der größte internationale Luftfracht-Anbieter in den USA, *Air Express International*, Teil des Konzerns *Deutsche Post World Net*.

Im November 2000 ging die **DEUTSCHE POST AG** sehr erfolgreich an die Börse. Sie beschäftigte im Jahr 2002 rund 240.000 Menschen, darunter 80.000 BeamtInnen.

Die 1998 mit dem Erwerb einer Minderheitsbeteiligung begründete Partnerschaft mit *DHL International* wurde im Dezember 2002 zu einer Vollübernahme ausgebaut. Die *Deutsche Post World Net* hat damit den Weltmarktführer im internationalen Kurier- und Expressgeschäft zu 100 Prozent übernommen.

Schon mit dem Postgesetz vom 1. Januar 1998 wurden die Märkte für Postdienstleistungen sukzessive dem Wettbewerb geöffnet. Die Regulierungsbehörde für Telekommunikation und Post ist als sektorspezifische Aufsichtsbehörde für die Anwendung des Gesetzes zuständig. Neben der *Deutschen Post AG*, die aufgrund ihrer umfassenden Exklusivlizenz den größten Teil der Briefsendungen befördert, können Wettbewerber per Lizenz tätig werden.

In den ersten zwei Jahren der Tätigkeit der Regulierungsbehörde hat sie bisher 735 Lizenzen an Privatunternehmen vergeben und ihnen dadurch erlaubt, auf dem Postmarkt in unterschiedlichster Form tätig zu werden. Allerdings sind nach einer Umfrage der Behörde unter den Unternehmen ca. 30 Prozent der Lizenznehmer nicht oder nicht mehr aktiv. 57 Unter-

nehmen wurden durch Konkurs samt ihrer Arbeitsplätze liquidiert. Die Post hat – wohl auch aufgrund ihrer erfolgreichen Kooperationen bzw. Übernahmen privater Anbieter - im gesamten Marktbereich immer noch einen Anteil von 98 Prozent inne und damit eine marktbeherrschende Position.

2.4. Finnland

1994 wurde die finnische Post **SUOMEN POSTI OYI** in eine Aktiengesellschaft umgewandelt. Der Staat behielt jedoch 100 Prozent der Anteile. Gleichzeitig wurde das staatliche Monopol aufgegeben und der Postsektor wurde für den Markt geöffnet. Neben Schweden ist Finnland das einzige europäische Land, in dem Postdienste völlig liberalisiert wurden.

Nach wie vor aber hat die finnische Post den staatlichen Auftrag, eine flächendeckende Versorgung auch in den dünn besiedelten Gebieten zu garantieren. Private Anbieter gibt es lediglich in den Städten. In Finnland besteht ein Fondsmodell, d.h. private Anbieter zahlen dem Staat Gebühren, die zur Mitfinanzierung des Universaldienstes der staatlichen Post verwendet werden.

Die finnische Post ist der zweitgrößte Arbeitgeber des Landes. Mehr als 24.000 Menschen arbeiten für sie.

2.5. Frankreich

Die Liberalisierung der französischen Postdienste begann schon im Jahr 1987. Sie ging von zwei zusammenhängenden Postulaten aus: immer mehr Europa, immer mehr Marktöffnung. Dennoch konnte die traditionsreiche **PTT** (*Poste et Télécommunications*) nur in kleinen Schritten reformiert werden, denn die Bevölkerung hing und hängt noch immer an den öffentlichen Versorgungseinrichtungen, als deren Flaggschiff das alte Kommunikationsunternehmen gelten kann.

Die wichtigsten Stationen der neueren Entwicklung waren:

Per Regierungserlass öffnete 1987 der damalige Ministerpräsident Jacques Chirac die Bereiche Kabelfernsehen, öffentliche Telefonzellen, Datenfernverarbeitung und Funktelefon für den Markt. Nach anfänglichen Versuchen, den rechtlichen Status der *PTT* zu ändern, wurde das Projekt angesichts der bevorstehenden Präsidentschaftswahlen von 1988 zurückgezogen.

1990 beschloss die Nationalversammlung die PTT-Reform. Mit Jahresbeginn 1991 verloren „*La Poste*“ und „*France Telecom*“ ihren Status als staatliche Behörden und wurden zu öffentlich-rechtlichen Einrichtungen. Damit änderte sich auch der rechtlichen Status der damals rund 435.000 Postbeschäftigten. Die Post blieb jedoch zu 100% im Staatseigentum.

1997 ging Frankreich daran, die neue Post-Richtlinie der EU umzusetzen.

Die für Post- und Telekommunikationswesen zuständigen EU-Minister einigen sich 2001 darauf, die Öffnung der Postdienste für den Wettbewerb fortzuführen. Frankreich jedoch gehörte zu den schärfsten Gegnern einer raschen Liberalisierung.

2002 gab die französische Post bekannt, dass in den nächsten 10 Jahren 140.000 MitarbeiterInnen (größtenteils BeamtInnen) in den Ruhestand versetzt und durch fast ebenso viele neue Mitarbeiter ersetzt würden. Mittelfristig setzt die französische Post darauf, die Zahl der PostbeamtInnen unter 330.000 MitarbeiterInnen zu verringern. In zehn Jahren soll nur mehr jeder zweite ein Beamter sein (also etwa 200.000 Beschäftigte). Die Gewerkschaften befürchten

dadurch Verschlechterungen für die ArbeitnehmerInnen, vor allem zahlreiche Teilzeitjobs mit schlechten Einkommen.

2.6. Griechenland

Bis 1975 hatte die griechische Post **ELTA** das uneingeschränkte Monopol auf Postdienste in Griechenland. Seither gibt es zwar private Kurierdienste, das Postmonopol blieb jedoch bis zur Umsetzung der EU-Richtlinie 97/67/EG sehr weitgehend. Im Zuge der Liberalisierung von 1998 wurde die Regulierungsbehörde *EETT* gegründet.

1998 wurde mit einer Reform der griechischen Post begonnen, die bis heute nicht abgeschlossen ist – neue Produkte und Serviceleistungen wurden eingeführt und technische Investitionen vorgenommen.

Elta ist bisher zu 100 Prozent in staatlichem Eigentum. In den letzten Jahren wird jedoch nach einem strategischen und finanzkräftigen Partner gesucht. Der Staat hat die Absicht 15 Prozent seiner Anteile zu verkaufen. Derzeit verhandelt *Elta* mit der französischen Post.

2.7. Großbritannien

Die Liberalisierung des britischen Post- und Telekommunikationsmonopols begann in den 70er Jahren mit der allmählichen Trennung von Post und Fernmeldewesen, die 1981 vollständig abgeschlossen war. Die Post wurde in die verschiedenen Bereiche Briefversand, Paketversand, Kontoführung und Girobank im Stil von Profitcentern eingeteilt. Gleichzeitig wurde das Rechnungswesen geändert. *British Telecommunications* war ab 1984 zur Privatisierung bereit.

Weitere Pläne zur Liberalisierung und Privatisierung der Post scheiterten in Großbritannien aber erstaunlicherweise. Die Gegner erwiesen sich als besonders schlagkräftig: Die Post ist der größte Arbeitgeber auf der Insel und folglich ist die Postgewerkschaft *CWU* eine sehr starke Interessenvertretung mit starker Unterstützung im Parlament.

Noch im Sommer 1996 lieferte sie der Regierung bei einer Tarifdebatte einen Machtkampf. Die Postbediensteten streikten monatelang immer wieder, so dass Premierminister John Major sogar kurzfristig das Briefmonopol aufhob. Aber er stellte rasch fest, dass die privaten Kurierdienste den Postberg nicht bewältigen konnten. "Wir haben keine Absichten, in Großbritannien einen alternativen Briefdienst anzubieten", kommentierte damals *UPS*, der weltweit größte Kurierdienst. Auch *TNT Express*, das sich schon länger um eine Lizenz zum Brieftragen bemüht, konnte nicht schnell genug Kapazitäten aufbauen.

Der Versuch, die britische *Post Office* in *Consignia* umzubenennen, um sich im internationalen Wettbewerb von den anderen Post-Unternehmen (z.B. *Deutsche Post*) besser abgrenzen zu können, blieb erfolglos. Der Name war bei den Briten äußerst unbeliebt und wurde November 2002 wieder abgelegt. Diese Umbenennung beeinträchtigte zudem den britischen Heimatmarkt. Die **ROYAL MAIL** fuhr im Geschäftsjahr 2001/2002 aber auch den höchsten Verlust ihrer 375-jährigen Geschichte ein: 1,1 Milliarden Pfund (1,72 Milliarden Euro). Dies war das größte Minus des Unternehmens. Die *Royal Mail* will daher in naher Zukunft 13.000 ihrer 200.000 MitarbeiterInnen kündigen. Insgesamt sollen in den nächsten drei Jahren weitere 30.000 Stellen abgebaut werden, um das Unternehmen wieder in die schwarzen Zahlen zu bringen. Einem Teil der Betroffenen sollen neue Stellen angeboten werden. Zudem wird künftig nur noch einmal täglich an sechs Wochentagen Post zugestellt statt wie bisher zweimal. Der Rationalisierung sollen auch Postämter zum Opfer fallen, besonders in städtischen Gebieten.

Die Gewerkschaften haben angekündigt, auf die Entlassungspläne mit Streiks zu reagieren und beschuldigten den Vorstand von Royal Mail, das einst kostendeckend arbeitende Unternehmen ruiniert zu haben.

Im Zuge der von der EU verlangten Marktöffnung wächst der Wettbewerbsdruck. So erhielten einige Konkurrenten der Royal Mail per 1. Januar 2003 erstmals Sieben-Jahres-Lizenzen für Postsendungen zwischen 100 und 350 Gramm. Damit wurden nach Angaben der *Royal Mail* 22 Prozent des Marktes geöffnet. Eine entsprechende Genehmigung besitzen die britische *Hays*-Gruppe sowie der Postdienst *TNT*, eine Tochter der niederländischen Post *TPG*.

Während die Regulierungsbehörde davon ausgeht, dass die Öffnung des Marktes zu einer Verbesserung der Leistungen und einer Senkung der Kosten führen wird, sieht sich die Post auf Grund der unerwartet schnellen Liberalisierung massiv in ihrer Existenz gefährdet. Die Liberalisierung des Marktes ermöglichte es den Konkurrenten, sich die profitablen Geschäftsbereiche herauszupicken.

Die Krise der britischen Post *Royal Mail* spitzt sich in den letzten Monaten zu. Inzwischen erwägt die Regierung in London sogar die Insolvenz des angeschlagenen Staatskonzerns, falls ihr keine zusätzlichen Einnahmequellen erschlossen werden. In einem Schreiben an den Postregulierer *Postcomm* warnte das Wirtschaftsministerium, dass das Unternehmen nur dann zu sanieren sei, wenn weitere Briefporto-Erhöhungen möglich seien. Obendrein ist kürzlich eine Finanzierungslücke von rund 600 Mio. Pfund aufgetaucht: Durch den Niedergang der Aktienmärkte fehlen Millionenbeträge in der Pensionskasse der Post. Ferner drohen höhere Zinsausgaben als geplant. Und die britische Post braucht staatliche Unterstützung auch zur Erhaltung des ländlichen Post-Netzwerks.

2.8. Irland

Seit 1984 ist die irische Postgesellschaft **AN POST** eine Kapitalgesellschaft im hundertprozentigen Besitz des Staates. In den folgenden Jahren wurde die irische Post in verschiedene Geschäftsbereiche aufgegliedert. Insgesamt arbeiten heute fast 8.000 Menschen für die irische Post. Neben dem Kerngeschäft betreibt *An Post* auch eine Lotteriegesellschaft.

Neben den von der EU vorgeschriebenen Liberalisierungsschritten werden in Irland verschiedene Maßnahmen zu Effizienzsteigerung der Postdienstleistungen diskutiert. Da es in Irland viele sehr dünn besiedelte Landstriche gibt, soll in Zukunft die Hauszustellung in diesen Gebieten eingeschränkt werden. An Stelle der Hauszustellung soll es vermehrt Sammelpostkästen geben. *An Post* überlegt aber auch, für Sendungen in entlegene Gebiete höhere Tarife zu verlangen. Im Zuge der Liberalisierung befürchtet man in Irland vor allem Lücken in der flächendeckenden Versorgung. Private Unternehmen könnten sich in Zukunft das profitable Geschäft in den Städten sichern und die staatliche Post würde Schwierigkeiten bekommen, die Universaldienstleistungen für das ganze Land zu gewährleisten.

2.9. Italien

Die italienische Post **POSTE ITALIANE** ist eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung, die sich zu 100 Prozent im Staatseigentum befindet. Die Umwandlung in eine Aktiengesellschaft ist seit Jahren geplant, konnte aber bis heute nicht umgesetzt werden. Die italienische Post besitzt ein weitgehendes Monopol. Das Nachvollziehen der EU-Richtlinie ist die einzige Liberalisierungsmaßnahme, die derzeit geplant ist.

1998 wurde ein Sanierungsprogramm der defizitären Post eingeleitet. Tausende Postbedienstete verloren ihren Arbeitsplatz und gleichzeitig wurden staatliche Subventionen gekürzt. Im Jahr 2002 wurden tausende Postangestellte mit Disziplinarverfahren konfrontiert:

sie hatten für grundlegende Gewerkschaftsrechte an ihrem Arbeitsplatz gekämpft. Im Frühjahr 2003 kam es erneut zu einem Generalstreik der italienischen Postangestellten.

Auch Italien kennt seit dem Jahr 2001 einen Kompensationsfonds. Private Anbieter müssen bis zu 10 Prozent ihrer Umsätze in diesen Fonds einzahlen, um die staatliche Post und ihre Universaldienstleistungen zu ermöglichen. Daneben wird der Fonds auch aus Steuergeldern alimentiert.

Für das Jahr 2003 wurde die Privatisierung der *Poste Italiane* angekündigt. Allerdings sind derzeit keine konkreten Privatisierungsziele oder Verhandlungspartner bekannt.

2.10. Luxemburg

Die seit 150 Jahren bestehende Post- und Fernmeldeverwaltung wurde 1993 unter der Bezeichnung *Entreprise des postes et télécommunications* in eine Gesellschaft öffentlichen Rechts mit eigener Rechtsform und finanzieller und verwaltungstechnischer Eigenständigkeit überführt. Die heutige **P & T LUXEMBOURG** entstand somit, die sich bis heute zu 100% im Staatseigentum befindet.

Ziel der Reform von 1993 war einerseits die Trennung des Postdienstes, des Telekommunikationsbereichs und der Finanzdienstleistungen sowie andererseits die Trennung von Betrieb und Reglementierung durch Gründung eines neuen Kommunikationsministeriums.

Die *P & T Luxembourg* besitzt ein weitreichendes Monopol auf Postdienstleistungen im Rahmen der europäischen Richtlinien. Sie ist verpflichtet, universellen Dienst im ganzen Land anzubieten. Auch in Luxemburg ist ein Kompensationsfonds geplant, der private Anbieter belastet und dem Universaldienstleister zu gute kommen soll.

2.11. Niederlande

Die niederländische Staatspost besteht seit dem Jahre 1799. Bis zur Umwandlung in eine Aktiengesellschaft 1989 blieb sie unter dem Namen *PTT Post* ein Staatsunternehmen. In den 90er Jahren erweiterte die niederländische Post ihr Angebot um nationale und internationale Expressdienste und Logistikdienstleistungen und notiert mit Erfolg an den internationalen Börsen. 1994 wurden 30% des Aktienstocks verkauft, 1996 weitere 25%. Nach weiteren Verkäufen hält der Staat heute nur mehr rund 35% der *TPG*-Aktien. Längerfristig will die Regierung den Staatsanteil auf 10% verringern.

Im Jahr 1996 übernahm die *PTT Post* das australische Unternehmen *TNT (Thomas Nationwide Transport)* und wurde damit zu einem der weltweit größten Anbieter im Bereich Transport und Logistik. 1998 wurden die Bereiche Post und Telekom endgültig getrennt und die *PTT Post* wurde gemeinsam mit *TNT* zur *TNT Post Group (TPG)*. Im Mai 2002 wurde die Name der niederländischen Post offiziell in **TPG POST** geändert.

Die *TGP Post* bildet eine Ausnahme in Europa. In keinem anderen Land hält der Staat so wenige Anteile am ehemaligen Staatsbetrieb und auch das Monopol von *TPG* ist sehr eingeschränkt. Schon Briefsendungen über 100 Gramm können auch von privaten Anbietern transportiert werden.

2.12. Österreich

Mit dem Ziel, ein markt- und wettbewerbsorientiertes Unternehmen zu schaffen, wurde am 3. März 1999 die **ÖSTERREICHISCHE POST AG** gegründet. Rückwirkend zum 1. Januar 1999 wurden die Unternehmensbereiche gelbe *Post* und *Postbus* von der damaligen *Post und*

Telekom Austria AG abgespalten und auf die neugegründete *Österreichische Post AG* übertragen.

Die österreichische Post befindet sich zu 100 Prozent im Besitz der Staatsholding *ÖIAG* und hat - soweit es die neue EU-Richtlinie erlaubt - ein weitgehendes Monopol in Österreich.

Im Sommer 2002 begann eine große Organisationsreform der österreichischen Post. Die neue Geschäftsstruktur schafft die fünf Bereiche: Info-Mail (Verteilung von Werbematerial), Briefzustellung, *KEP* (Kurier Express Paket), Medienpost (Zeitungszustellung) und das Filialnetz mit den Schalterdiensten. Im Zuge dieser Reform werden in ganz Österreich 586 Postämter zusammengelegt bzw. geschlossen.

Im Dezember 2002 entstanden Gerüchte über eine Übernahme der *Post AG* durch ausländische Investoren. Im Privatisierungsauftrag des österreichischen Ministerrates wurde die *ÖIAG* mit der Prüfung einer „strategischen Partnerschaft“ als „ersten Privatisierungsschritt“ beauftragt. Über den Umfang des zum Verkauf stehenden Aktienpakets herrscht Unklarheit. Zu Beginn des Jahres war von bis zu 74,9 % die Rede, zuletzt sprach die Regierung von einem ersten Privatisierungsschritt im Rahmen von 25% der Post-Aktien. *ÖIAG*- und Postvorstand fordern eine Privatisierung von zumindest 51%.

Großes Interesse am Kauf der *Österreichischen Post AG* wird immer wieder der *Deutschen Post* nachgesagt, die dies im Frühjahr 2003 auch mehrmals bestätigte. In den letzten Monaten mehrten sich allerdings die Anzeichen, dass die Gespräche mit der *Deutschen Post* ins Stocken geraten sind. Die Deutschen wollten, wie es heißt, entweder mehr als 50 Prozent oder gar nichts, die Präferenz sei bei 75 Prozent gelegen. Ein weiteres Privatisierungshindernis stellt der "Postvertrag" zwischen *BAWAG/P.S.K.* und *Post AG* dar, der die Nutzung der Postämter regelt und frühestens 2012 kündbar ist. In Ermangelung anderer potenzieller Käufer wurde zuletzt wieder verstärkt an einer Stand-Alone-Lösung gearbeitet. Ein konkretes Privatisierungskonzept wird für Herbst dieses Jahres erwartet.

Von Seiten der SPÖ, der Postgewerkschaft und der Arbeiterkammer kamen sehr kritische Stellungnahmen zu den kolportierten Plänen. Befürchtet wird, dass nach dieser „Privatisierung“, die nur ein Ausverkauf ans Ausland wäre, die Versorgung der österreichischen Bevölkerung mit Postdienstleistungen nicht mehr in bisheriger Qualität sichergestellt wäre. Auch durch die Liberalisierungsschritte auf EU-Ebene und den stärkeren Wettbewerb müssten Leistungen der Post eingeschränkt werden. Neben Postämerschließungen sind Schwierigkeiten bei der Zustellung und der Abbau von Arbeitsplätzen derzeit an der Tagesordnung. Im Rahmen einer Umfrage im April dieses Jahres sprachen sich über 80 % der Befragten gegen eine Voll-, 60 % gegen eine Teilprivatisierung der Post aus.

2.13. Portugal

Das seit 1970 bestehende öffentliche Postunternehmen Portugals (*Correios e Telecomunicações de Portugal*) wurde 1992 in eine Aktiengesellschaft umgewandelt. Das Unternehmen, das zu 100 Prozent im Besitz des Staates ist, trägt seither den Namen **CTT – Correios de Portugal S.A.** *CTT* hat unter Berücksichtigung der neuen EU-Richtlinie ein weitgehendes Monopol im Portugal.

Der niederländische Postkonzern *TPG* hat 2002 mit der portugiesischen *CTT* einen Kooperationsvertrag über fünf Jahre vereinbart. Die Express-Sparten der beiden Unternehmen, *TNT Express (TPG)* und *Postlog (CTT Correios)*, weiten damit eine bereits bestehende Zusammenarbeit aus. *TNT* kann in Portugal nun auf die Vertriebsorganisation von *Postlog* zurückgreifen. *Postlog*-KundInnen wiederum erhalten Zugang zu dem gesamten weltweiten Netzwerk von *TNT*.

2.14. Schweden

Im Gegensatz zu den meisten anderen europäischen Ländern waren in Schweden die Bereiche Post und Telekommunikation schon immer getrennt. Das staatliche Postunternehmen **POSTEN** wurde 1994 in eine Aktiengesellschaft umgewandelt, die nach wie vor zu 100 Prozent im Besitz des Staates ist.

Seit 1993 besteht in Schweden kein Postmonopol mehr. Wettbewerb gab es jedoch schon vorher. Der größte private Anbieter „*City Mail*“ hat schon 1991 begonnen, im Großraum Stockholm Briefe zu befördern. Die schwedische Post, die als Universaldienstleister auch steuerliche Abgeltungen bekommt, hält jedoch immer noch 95 Prozent Marktanteil an der Briefbeförderung. Die Kontrolle über den völlig liberalisierten Postmarkt übt die Regulierungsbehörde *PTS*. Sie kontrolliert Preise und vergibt Lizenzen.

2.15. Spanien

Im Juni 2001 beschloss die spanische Regierung die Umwandlung der spanischen Post **CORREOS** (*Sociedad Estatal Correos y Telégrafos, S.A.*) in eine staatliche Aktiengesellschaft, die zu 100 Prozent dem Staat gehört.

Die Umwandlung der Post in eine staatliche Gesellschaft war bedingt durch die Veränderungen des Umfelds, die neuen Technologien, sowie die Liberalisierung des europäischen Postmarktes. Durch die Reform wollte man Versorgungssicherheit gewährleisten und gleichzeitig Wettbewerb erlauben. Über die Richtlinien der EU hinaus, gibt es in Spanien kein Monopol mehr auf den städtischen Briefverkehr. Auch in Spanien wurde ein Fondsmodell eingeführt, d.h. private Anbieter zahlen dem Staat Gebühren, die zur Mitfinanzierung des Universaldienstes von *Correos* dienen.

3. Schlussfolgerungen

Die seit der teilweisen Öffnung der Postmärkte in der EU durchgeführten Untersuchungen gelangen zum Schluss, dass in allen Mitgliedstaaten die Grundversorgung mit Postdienstleistungen weiterhin gewährleistet ist. Die Marktöffnung hat gemäss Bericht der EU-Kommission vom 7. Dezember 2001 die dominante Stellung der traditionellen Postdienstleister im Briefbereich nicht oder kaum tangiert.

Grundversorgung weitgehend gewährleistet

Die Grundversorgung wird in den meisten Ländern mit den Erträgen aus dem reservierten Bereich (Monopol) finanziert. Ferner zeigen namentlich Schweden und Finnland, die ihre Postmärkte vollständig geöffnet haben, dass mit der vollständigen Marktöffnung Abgeltungen bzw. Fondslösungen für die Finanzierung der Grundversorgung nötig werden. Auch Spanien und Italien haben mittlerweile Fondsmodelle eingeführt, d.h. private Anbieter zahlen dem Staat Gebühren, die zur Mitfinanzierung des Universaldienstes verwendet werden. In Irland und Großbritannien sind außerdem einzelne Staatshilfen für das Poststellennetz vorgesehen.

Es muss jedoch auch darauf hingewiesen werden, dass in einzelnen Ländern Reformen in Gang sind, welche die Hauszustellung in entlegene Gebiete einschränken. Weiters wurden zum Beispiel in Österreich viele kleine Filialen der Post geschlossen.

Einige europäische Postunternehmen wie zum Beispiel *Royal Mail* in Großbritannien oder *Poste Italiane* sind in den letzten Jahren mit finanziellen Schwierigkeiten konfrontiert. Nicht überall werden die Defizite in direktem Zusammenhang mit der Liberalisierung gesehen.

Arbeitsplatzabbau

Die traditionellen Anbieter haben in ganz Europa ihre Strukturen neuen Bedürfnissen und Gewohnheiten angepasst, ihre Produktivität gesteigert und Arbeitsplätze abgebaut. Der Arbeitsplatzabbau bei den traditionellen Postdienstleistern ist gemäss den Untersuchungen in der EU nicht einzig auf die Marktöffnungen zurückzuführen, sondern ebenso auf die zunehmende Automatisierung der Produktion. Indessen haben neue Anbieter im gleichen Zeitraum ihrerseits Arbeitsplätze geschaffen.

Der mit der Liberalisierung einhergehende Arbeitsplatzabbau wurde von privaten Anbietern zumindest teilweise kompensiert. So hat z.B. gemäss Erhebungen der deutschen Regulierungsbehörde die *Deutsche Post* zwischen 1997 bis 2000 – trotz zunehmenden Marktanteilen – rund 12.850 Vollzeitstellen abgebaut (rund 8,5 Prozent). Im gleichen Zeitraum haben aber private Anbieter rund 20.000 neue Arbeitsplätze geschaffen. Gemäss Angaben der Regulierungsbehörde ist der Grossteil dieser Arbeitsplätze nicht in Ballungsgebieten, sondern in strukturschwachen Gebieten entstanden.

Weiterhin starke Stellung der traditionellen Anbieter

Aussagen über die genaue Entwicklung der Marktanteile im Paketbereich lassen sich kaum machen. In den meisten EU-Ländern war der Paketmarkt bereits vor 1998 vollständig liberalisiert, und mit der Inkraftsetzung der erwähnten Richtlinie wurden die bestehenden Restmonopole im Paketbereich vollständig abgeschafft. Im übrigen haben sich die Märkte seit der Öffnung des Paketbereiches sehr stark gewandelt. So wird in Europa nicht mehr von einem eigentlichen Paketmarkt gesprochen, sondern vom sogenannten KEP-Markt (Kurier-, Ex-

press- und Paketdienste). Diese Märkte haben in den letzten Jahren europaweit ein erhebliches Wachstum verzeichnet, von dem auch private Anbieter profitiert haben.

Für den Briefbereich kann festgehalten werden, dass – trotz Herabsetzung der Monopolgrenze auf 100 g – die nationalen Postunternehmen in den EU-Staaten sowohl gemessen an den Briefmengen wie auch an den Umsätzen nach wie vor ca. 85 bis 90 Prozent der Marktanteile halten.

Die im Hinblick auf eine weitere Marktöffnung in verschiedenen Ländern der EU durchgeführten Studien haben ergeben, dass zwischen 80 und 90 Prozent der Briefe leichter als 100 g sind und zwischen 70 und 80 Prozent leichter als 50 g. Bei Direktwerbesendungen sind 90 Prozent der Sendungen leichter als 100 g und davon ca. 70 Prozent leichter als 50 g. Diese Mengen verbleiben also weiterhin der jeweiligen Post als Monopol. Gemäss den Studien hat die Senkung der Monopolmitte auf 100 g zur Folge, dass ca. 10 bis 15 Prozent des Volumens bzw. 10 bis 20 Prozent des Umsatzes bei den Briefen und Werbesendungen liberalisiert werden.

Bei einer Herabsetzung der Grenze auf 50 g würde der Markt für ca. 20 bis 30 Prozent der Briefe und Werbesendungen geöffnet. Da trotz der Marktöffnung nicht in allen Bereichen des Postmarktes flächendeckender Wettbewerb erwartet wird, geht die EU davon aus, dass die bisherigen Anbieter bei einer Senkung der Monopolgrenze auf 100 bzw. später auf 50 g im Durchschnitt ca. 5 Prozent ihres Umsatzes verlieren dürften. Der Umsatzverlust ist somit nicht gleichzusetzen mit dem Öffnungsgrad des Marktes. Dieser Verlust sollte allerdings nach Ansicht der EU durch Effizienzsteigerungen der Unternehmen kompensiert werden können.

Weitere Gründe für die nach wie vor großen Marktanteile der traditionellen Anbieter im Briefpostbereich sind ihre Erfahrung, ihr Image, Größen- und Diversifikationsvorteile, das Netzwerk des jeweiligen Unternehmens sowie die Kundenloyalität, als schlicht das Wissen um und das Vertrauen der PostkundInnen in einen bewährten Dienst. Außerdem haben die Postdienste vielfach mit einem Ausbau ihres Angebots auf die Liberalisierung reagiert.

4. Internetlinks

4.1. Staatliche Postgesellschaften

Belgien	www.post.be
Dänemark	www.post.dk
Deutschland	www.deutschepost.com
Finnland	www.posti.fi
Frankreich	www.laposte.fr
Griechenland	www.elta-net.gr
Großbritannien	www.royalmailgroup.com
Irland	www.anpost.ie
Italien	www.poste.it
Luxemburg	www.ept.lu
Niederlande	www.tpgpost.nl
Österreich	www.postaustria.at
Portugal	www.ctt.pt
Schweden	www.posten.se
Spanien	www.correos.es

4.2. Regulierungsbehörden

Belgien	Belgian Institute for Postal services and Telecommunications ; www.bipt.be
Dänemark	Ministry of transport ; www.trm.dk
Deutschland	Die Regulierungsbehörde für Telekommunikation und Post ; www.regpt.de
Finnland	Finnish Communications Regulatory Authority ; www.thk.fi
Frankreich	Ministry of the Economy, Finance and Industry ; www.industrie.gouv.fr
Griechenland	Post and Telecommunications Authority ; www.eett.gr
Großbritannien	Postal Services Commission ; www.psc.gov.uk
Irland	Commission for Communications Regulation ; www.comreg.ie
Italien	Autorità per le Garanzie nelle Comunicazioni ; www.agcom.it
Luxemburg	Service des Médias et des Communications ; www.ilr.lu
Niederlande	Ministry of Transport, Public Works and Water Management ; www.minvenw.nl
Österreich	Bundesministerium für Verkehr, Innovation und Technologie ; www.bmv.gv.at
Portugal	Instituto das Comunicações de Portugal ; www.icp.pt
Schweden	The Swedish National Post and Telecom Agency ; www.pts.se
Spanien	Ministerio de fomento ; www.mfom.es

4.2. Weitere Links

Association of European public postal operators

<http://www.posteurop.org>

universal postal union

<http://www.upu.int/>

Union Network International / Postal & Allied Services Sector

<http://www.union-network.org/UNIsite/Sectors/Postal/Postal.html>

Europaweite Initiative für die Liberalisierung des Postsektors

<http://www.freefairpost.com>